



■ Zeitenwende in der Ostpolitik?

Viktor Savinok

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat neben der existentiellen Bedrohung für den ukrainischen Staat und dem unvorstellbaren Leid des ukrainischen Volkes auch weitreichende internationale Folgen. Unter anderem führte er zu einer fundamental veränderten Haltung der deutschen Regierung gegenüber Moskau, die durch die „Zeitenwende-Rede“ von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vor dem Bundestag am 27. Februar markiert wurde.

Redaktion:
David Engels
Justyna Schulz
Stanisław Żerko

Nr. 7.2022
18.10.22

Die „Kommentare aus dem Westinstitut“ sind auch verfügbar über :
NEWSLETTER IZ
FACEBOOK
SCRIBD
LINKEDIN
TWITTER

Die „Kommentare“ geben nur die Meinung ihres Verfassers und nicht des Instituts wieder.



Sie umfasst nicht nur die aktive Beteiligung Deutschlands an EU-Sanktionen gegen Russland, sondern vor allem die Bewilligung deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine. Dies bedeutete auch den Bruch mit Leitlinien der sozialdemokratischen Ostpolitik, die bis dahin seit den 1970er Jahren bestimmend waren.

In Mittel- und Osteuropa wurde Scholz in den letzten Jahren eher als kontroverse Persönlichkeit wahrgenommen. Der erste Grund dafür war seine Nähe zu Bundeskanzler Gerhard Schröder, während dessen Amtsperiode er SPD-Generalsekretär (2002-2004) war. Zweitens plädierte Scholz als Finanzminister (2018-2021) im Merkel-Kabinett für die Fertigstellung der umstrittenen Ostseepipeline Nord Stream 2, die er als „privatwirtschaftliches Vorhaben“ bezeichnete.

Als Kanzler lehnte Scholz bis zum russischen Einmarsch Waffenlieferungen an die Ukraine ab und versuchte, die Verhandlungen im Rahmen des Normandie-Formats zur Beilegung des bewaffneten Konflikts im Donbas zu beleben.

Leitlinien der Zeitenwende

Eine direkte militärischen Konfrontation zwischen dem Westen und Russland zu vermeiden, ist eines der Hauptthemen des Bundeskanzlers. In einem „Spiegel“-Interview vom 22. April deutete er jedoch an, dass er kein Pazifist sei und „mittelfristig“ die Bundeswehr stärken sowie die Ukraine militärisch unterstützen wolle. Diese Ziele gehören laut Scholz zu den Kernelementen der „Zeitenwende“.

In diesem Zusammenhang zählen die Initiativen zur gesteigerten Finanzierung des Verteidigungssektors in Form eines im Grundgesetz verankerten Zieles, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben, sowie das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zur Stärkung der Bundeswehr zu den wichtigsten Vorhaben des Bundeskanzlers. Diese Initiativen bedeuteten zum einen den Bruch mit tief im sozialdemokratischen Umfeld verwurzelten Traditionen bezüglich der Mäßigung in Verteidigungsausgaben. Zum anderen mussten für die zur Durchsetzung des Vorhabens notwendige Verfassungsänderung nicht nur die Koalitionsfraktionen mobilisiert werden, sondern auch die größte Oppositionskraft - die CDU/CSU.

Deutschland bewilligte nach dem Beginn des russischen Großangriffes die Lieferung verschiedener Waffensysteme an die Ukraine. Ende Februar ging es um die Übergabe von Waffen deutscher Herkunft aus Drittländern wie Estland. Im März folgten die Lieferungen aus Vorräten der ehemaligen DDR sowie Beständen der Bundeswehr. Dennoch war der Bundeskanzler immer wieder mit Vorwürfen bezüglich eventueller Verzögerungen bei der Lieferung gewisser Waffensysteme konfrontiert. Scholz führte unter anderem geringe Bundeswehrbestände und NATO-Verpflichtungen an, verwies aber auch auf Deutschlands Rolle beim Austausch von Rüstungsgütern. Inzwischen hat der Bundeskanzler die Lieferung deutscher Panzerhaubitzen an die Ukraine

bewilligt und auch die Lieferung deutscher Luftabwehrsysteme zugesagt. In der Regierungserklärung vom 19. April kündigte er auch die Bereitstellung von 2 Milliarden Euro für den Kauf von Waffen und humanitäre Hilfe für die Ukraine an. Trotzdem wurde die Lieferung von deutschen Kampf- und Schützenpanzern an die Ukraine ungeachtet der laufenden Debatte in der regierenden Koalition und der Aufrufe der oppositionellen CDU/CSU immer noch nicht bewilligt.

Ein weiteres Kernelement der Zeitenwende ist die Einführung scharfer Sanktionen gegen Russland. Diese bedarf dem Bundeskanzler zufolge der engen Abstimmung und Koordination mit den Verbündeten, vor allem mit den EU-Partnern, den USA und Großbritannien. Die bereits verhängten Sanktionen bewertete Scholz wiederholt als „sehr wirksam“ und äußerte die Überzeugung, dass die wirtschaftlichen Verluste den russischen Präsidenten zur Beendigung des Krieges veranlassen werden. Dabei spielen ihm zufolge sowohl der Ausschluss russischer Banken vom SWIFT-System und die Blockade von Transaktionen der russischen Zentralbank als auch die Sperrung der Flughäfen und des Luftraums der EU-Länder für alle russischen Flugzeuge eine besondere Rolle.

Zum weiteren wichtigen Element der Zeitenwende wurde auch die Gewährung des Status eines EU-Beitrittskandidaten an die Ukraine und die Republik Moldau. Obwohl der Bundeskanzler immer wieder betonte, dass die Ukraine zur „europäischen Völkergemeinschaft“ gehört, vermied er klare Äußerungen mit Blick auf die von Kyjiw angestrebte Mitgliedschaft in der Union. In seinem RBB-Interview im April wies Scholz unter anderem darauf hin, es gäbe „keine Umwege“ auf dem Weg zum EU-Beitritt für die Ukraine, und es bestünden wichtigere Fragen mit Blick auf die Unterstützung der Ukraine als die Behandlung der ukrainischen Initiative bezüglich des Kandidatenstatus. Die Veränderungen in der Haltung der EU-Partner, vor allem Frankreichs und Italiens, in Bezug auf die Beitrittskandidatur der Ukraine haben den Kanzler schließlich dazu bewegt, den entsprechenden Wünschen der ukrainischen Seite bei dem Besuch in Kyjiw am 16. Juni d.J. zusammen mit französischem Präsidenten und italienischem Ministerpräsidenten eine Zusage zu erteilen.

Wahrnehmung der Zeitenwende in Kreisen der SPD

Das Vorgehen der Bundesregierung in Bezug auf die russische Aggression gegen die Ukraine löste in SPD-Kreisen eine Debatte sowohl über die Bewertung der bisherigen „Ostpolitik“ als auch über Waffenlieferungen an die Ukraine aus.

Jahrzehntelang vertrat die Partei mit Blick auf Beziehungen zur ehemaligen Sowjetunion sowie später zur Russischen Föderation eine kooperative Herangehensweise unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“. 2005 hat SPD-Kanzler Schröder den Bau von Nord Stream 1 bewilligt. Die Sozialdemokraten im Merkel-Kabinet, unter anderem Wirtschafts- und Außenminister Gabriel, befürworteten auch die Errichtung von Nord Stream 2. Noch im Januar 2021 bezeichnete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Pipeline als „eine der

letzten Brücken zwischen Deutschland und Russland“ und warnte vor einer „Entfremdung“ zwischen beiden Staaten. Zudem hatten die Parteimitglieder stets gegen die Erhöhung von Militärausgaben plädiert. Es wäre durchaus mit einer Ablehnung der von Scholz angekündigten Politik der Zeitenwende zu rechnen gewesen. Dies geschah aber nicht. Die Mehrheit der Partei befürwortete die Zeitenwende, plädierte zugleich jedoch dafür, die Gesprächskanäle zu Russland offenzuhalten.

Anfang April räumten prominente SPD-Politiker - allen voran Steinmeier und Gabriel - Fehler in der bisherigen Russlandpolitik ein, vor allem hinsichtlich des Festhaltens am Nord Stream 2-Projekt, und riefen zu deren Aufarbeitung auf.

Teile der linken Gruppierungen, vertreten durch die stellvertretende Parteivorsitzende Saskia Esken und Generalsekretär Kevin Kühnert, äußerten sich skeptisch zu den Waffenlieferungen und einem möglichen Embargo für russische Energierohstoffe. Sie argumentierten unter anderem, dass das deutsche Vorgehen ausgewogen sein müsse, und man wirtschaftliche Verluste sowie soziale Instabilität in Deutschland minimieren sollte.

Im Gegensatz dazu sprachen sich die „Pragmatiker“, zu denen auch der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Michael Roth, gehört, für die Pläne sowohl bezüglich weiterer Sanktionen gegen Russland als auch der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine aus. Die Haltung der SPD-Jugendorganisation Jusos hinsichtlich der allgemeinen Unterstützung der Ukraine, der Waffenlieferungen sowie des Sondervermögens zur Stärkung der Bundeswehr blieb jedoch ambivalent.

Zeitenwende und Koalitionspartner

Obwohl pazifistische Traditionen bei Teilen der Partei tief verwurzelt waren, unterstützte „Bündnis90/Die Grünen“ den Bundeskanzler mit Blick auf beide Dimensionen der Zeitenwende. Außenministerin Annalena Baerbock betonte unter anderem, dass sie die Lieferung von schweren Rüstungsgütern an die Ukraine befürworte. Sie wies immer wieder darauf hin, dass sie die Änderung der Haltung ihres Kabinetts zu Waffenlieferungen an die Ukraine als Zeichen der Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit in Europa und als Schritt zur Behebung „alter Fehler“ hinsichtlich der Ostpolitik betrachtet. Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck bezeichnete die gegen Russland eingeführten Sanktionen als eine richtige Entscheidung und sprach sich ebenfalls für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine aus. Zudem setzte das von ihm geleitete Ministerium die durch russische Eigentümer kontrollierten Ö raffinerien sowie die Gasinfrastruktur unter staatliche Kontrolle und stellte einen Zeitplan für den Verzicht auf russische Kohle und Öl vor. Außerdem plädierte Habeck für den schnelle Ausbau von LNG-Terminals an der deutschen Nordseeküste sowie der dazugehörenden Infrastruktur.

Auch der dritte Koalitionspartner, die FDP, befürwortet die Linie des Kanzlers. Finanzminister und Parteichef Christian Lindner unterstützte die Position von Scholz sowohl in Fragen der Sanktionspolitik als auch der Waffen für die Ukraine. Wie auch Repräsentanten der Grünen erklärte er, dass die Regierung alles tun müsse, um sicherzustellen, dass „die Ukraine diesen Krieg gewinnt“. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages Marie-Agnes Strack-Zimmermann kritisierte die Verzögerungen bei Waffenlieferungen an die Ukraine und mahnte konsequent auch die Notwendigkeit der Zustellung von schweren Waffensystemen an. Allerdings sprach sich Lindner für eine Begrenzung der Sanktionen gegen Russland aus, um deren negative Auswirkungen auf die Wirtschaft der EU-Länder zu mäßigen.

Haltung der Opposition mit Blick auf Zeitenwende

Die Haltung der oppositionellen Christdemokraten gegenüber der vom Bundeskanzler angekündigten Zeitenwende war zweiseitig. Zu einem unterstützte die CDU-Führung die Vorhaben hinsichtlich einer Stärkung der Verteidigungskapazitäten und stimmte, wie die Abstimmungsergebnisse zeigen, den Verfassungsänderungen bezüglich des Bundeswehr-Sondervermögens zu. Andererseits warf der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz dem Kanzler „Mangel an Führungsstärke“ vor, sowohl in Fragen der Waffenlieferungen an die Ukraine als auch mit Blick auf Sanktionen gegen Russland. Eines der wichtigen Narrative von Friedrich Merz war dabei der Vorwurf, dass der Kanzler in diesen Angelegenheiten scheinbar den Forderungen von Russland nahestehenden SPD-Mitglieder nachgeben müsse. In Fragen der Grundgesetzänderung bezüglich des Sondervermögens zur Stärkung der Bundeswehr sprachen sich die Christdemokraten gegen Verwendung der Finanzierung zur militärischen Unterstützung von Partnerstaaten aus.

Die Zeitenwende wurde von weiteren Oppositionsparteien - der „Alternative für Deutschland“ und „Die Linke“ - eher negativ wahrgenommen. Beide Parteien lehnten die Wirtschaftssanktionen gegen Russland ab. Laut Repräsentanten der AfD trafen die Beschränkungen vor allem wichtige Bereiche der deutschen Wirtschaft, während „Die Linke“ die möglichen Schäden für die einfache russische Bevölkerung unterstrich. Dies belegten sie mit Argumenten, Deutschland sei in einen „kalten Krieg“ gegen Russland verwickelt. Unter anderem warf der AfD-Chef Tino Chrupalla dem Kanzler die „Reaktivierung des kalten Krieges“ bereits am 27. Februar in Reaktion auf seine Rede zur Zeitenwende vor. Die Repräsentantin der Linken Sahra Wagenknecht unterstrich im September im Bundestag auch, der Westen führe „einen Wirtschaftskrieg“ gegen Russland. Sowohl AfD als auch „Die Linke“ lehnten konsequent auch die Waffenlieferungen an die Ukraine ab, wobei das Argument häufig benutzt wurde, dass „ein Krieg gegen eine Atommacht sich nicht gewinnen lässt“. „Die Linke“ betrachtete auch die Initiativen der Bundesregierung mit Blick auf Bundeswehr-Sondervermögen kritisch. In dieser Frage nahm die AfD hingegen keine einheitliche Position ein, gibt es bei Repräsentanten der AfD doch sowohl positive als auch negative Resonanz.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. Obwohl die Bundesregierung beschlossen hat, Waffen an die Ukraine zu liefern, und die Einführung weiterer Sanktionen gegen Russland unterstützt hat, bleibt ihre generelle Position, Beschränkungen mit der Offenhaltung von Gesprächskanälen nach Russland zu kombinieren sowie eigene militärpolitische und wirtschaftliche Interessen auch mit Blick auf die Unterstützung der Ukraine in den Vordergrund zu stellen, unverändert.
2. Die andauernde russische Aggression gegen die Ukraine legte die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionsparteien sowie in SPD-Kreisen offen.
3. Nichtsdestoweniger lässt sich feststellen, dass die Politik der Zeitenwende eine breite grundsätzliche Zustimmung bei den Parteien der „breiten Mitte“ des deutschen politischen Spektrums hat. Die Koalitionsparteien sowie die oppositionellen Christdemokraten sind grundsätzlich einig - sowohl in der Frage der Bekämpfung des russischen Einmarsches in die Ukraine und der Unterstützung dieses Landes als auch hinsichtlich der Stärkung der NATO sowie der Verabschiedung von Gesetzen bezüglich des Sondervermögens zur Stärkung der Bundeswehr.
4. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzler und der SPD einerseits und den Koalitionsparteien andererseits haben auch mit der öffentlichen Kommunikation der Regierung und der Erklärung der Strategie zu tun, welche die Bundesregierung und auch der Kanzler persönlich durch ihre Tätigkeit durchsetzen.
5. Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundeskanzlers in nächster Zeit kann man unter anderem die Beschleunigung von Waffenlieferungen an die Ukraine, die Neuausrichtung der deutschen „Ostpolitik“ sowie die Konzentration der breiten Unterstützung für die geplante Ausarbeitung der neuen nationalen Sicherheitsstrategie zählen.

Illustration: https://cdn.prod.www.spiegel.de/images/58cb5032-5a14-4083-929c-c282a886713c_w670_r0.7502857142857143_fpx50.96_fpy33.75.jpg